

## 01. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Hauptausschusses vom 03.02.2022

TOP: **Ö5**

Protokollkontrolle, Informationen und Anfragen

---

Herr Gaffert gibt folgende Termine bekannt:

<a href="#">05.02.2022</a>		Landesjugendspiele Wintersportarten, Schierke
<a href="#">10.02.2022</a>	17:30 Uhr	Stadtratssitzung, Fürstlicher Marstall
<a href="#">22.02.2022</a>	17:00 Uhr	Digitale Informationsveranstaltung zur Ortsentwicklung Schierke
<a href="#">24.02.2022</a>	17:30 Uhr	Stadtratssitzung (Haushalt 2022), Fürstlicher Marstall

Herr Gaffert informiert zur aktuellen Corona-Situation. Die Infektionszahlen steigen. Die Hospitalisierungsrate scheint jedoch im Gegensatz zur Delta-Variante des Virus geringer zu sein. Gemeinsam mit dem Landkreis Harz werden Vorkehrungen getroffen, um den Dienst in allen Bereichen, besonders im Rettungsdienst, jederzeit aufrecht zu halten.

Herr Gaffert geht auf die Frage der Schulentwicklung im Landkreis Harz ein. Aufgrund der zurückgehenden Schülerzahl, ist der Landkreis Harz in der Pflicht einen Schulentwicklungsplan vorzulegen. Ziel ist es die Beschulung bis zum Gymnasialzweig überall zu sichern. Aktuell wird über einen Kompromissvorschlag diskutiert. Das Hauptproblem liegt in den geringen Schülerzahlen in den oberen Klassenstufen, da im Gymnasialzweig bis zur Klasse 10 deutlich mehr Schüler die Gymnasien verlassen als angenommen. Darüber hinaus schließt sich die Problematik des Lehrermangels im Land an. Ziel ist es die Gymnasien in der Stadt Wernigerode mit allen Gebäuden zu halten.

Da die HVB neue Busse beschaffen, in denen Tickets digital eingelesen werden können, fragt Herr Albrecht, ob es in diesem Zusammenhang Überlegungen seitens der Stadt oder der WTG gibt auch das Kurtaxheft (HATIX-Ticket) zu digitalisieren.

Herr Winkelmann entgegnet, dass das Kurtaxheft auf Grund der Digitalisierung bald überflüssig wird.

Zudem erinnert Herr Albrecht, dass die Beschlussvorlage 136/2019 zur Überarbeitung der Ehrensatzung noch im Geschäftsgang ist und behandelt werden sollte.

Weiterhin fügt Herr Albrecht an, dass nach dem Beschluss des Schulentwicklungsplans der Stadtrat und die Verwaltung versuchen sollten, mit den eigenen Möglichkeiten zu handeln.

Frau Wetzel berichtet, dass im Kreistag versucht wurde die Schuleinzugsbereiche abzuwenden. Die Schülerzahlen sind jedoch ab der Klasse 10 im roten Bereich. Man sollte in Gesprächen mit den Schulleitern die Situation immer wieder verdeutlichen. Zudem gibt es die Idee, den Landrat zu bitten sich mit dem Thema Kapazitätsobergrenzen zu beschäftigen.

Herr Balcerowski argumentierte im Bildungsausschuss des Kreistages mit Stellungnahmen der Stadt Wernigerode, die den städtischen Kreistagsmitgliedern nicht bekannt waren. Sie bittet darum die Stellungnahmen der Stadt den Kreistagsmitgliedern zur Verfügung zu stellen, um Änderungsvorschläge einbringen zu können.

Herr Gaffert informiert, dass in der nächsten Woche eine neue Stellungnahme seitens der Stadt verfasst wird. Diese kann vorab des Bildungsausschusses gerne zur Verfügung gestellt werden.

Herr Dorff berichtet, dass vor Weihnachten eine formale Anhörung kam, die die Stadt zu knapp gefasst hat, da man nicht alle Unterlagen hatte. Für die Beurteilung der Lage in Wernigerode ist die Zusammensetzung der Schülerzahlen im Fallstein-Gymnasium und in Blankenburg wichtig, da Wernigerode mit diesen Nachbarschulen konkurriert. Da der Landrat entschied, die GS Langeln und die GS Heudeber dem Fallstein-Gymnasium und die GS Derenburg den Gymnasien in Blankenburg zuzuordnen, würde diese Schüler dem Standort Wernigerode verloren gehen. Zudem war geplant, alle Schüler der GS Diesterweg dem Gymnasium Stadtfeld und alle anderen Grundschulen dem Gerhardt-Hauptmann-Gymnasium zuzuordnen. Nach Prüfung im Nachgang kamen die Stadt zu dem Entschluss, dass auch mit dieser Aufteilung kein Ausgleich der Schülerzahlen erreicht wird.

Nach vielen Abwägungen wurde dem Landrat ein neuer Vorschlag gemacht. Auch andere Faktoren, wie die Sanierung des Gerhardt-Hauptmann-Gymnasiums, fließen in die Überlegungen mit ein. Ziel ist es auch eine gute Lösung mit den Nachbarstädten zu finden und das Wahlrecht zu erhalten. Herr Dorff ergänzt, dass eine Obergrenze in Schuleinzugsbezirken nicht möglich ist.

Herr Schatz appelliert daran abzuwägen, was wichtig ist. Seiner Meinung nach ist der Bildungserfolg der Schüler wichtiger, als partout zwei Gymnasien zu erhalten. Der Stadtrat sollte darüber eine Diskussion ergebnisoffen führen, um dann eine Position festzulegen.

